Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 2

Artikel: Duttweiler vor den Toren?
Autor: Sprecher, Jann v.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158953

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Duttweiler vor den Toren?

Von **Jann v. Sprecher.**

Die Entwicklung der innerpolitischen Lage, wie sie seit der Abstimmung vom 25. Januar 1942, betreffend die Volkswahl und Erweiterung des Bundesrates, zu beobachten war, zeigt einige bemerkenswerte Perspektiven. So ist es beispielsweise seitdem völlig still geworden um jenes unglückliche Kompromißprodukt einer Neuner-Initiative, und es ist dies nur allzu verständlich, wenn man eben diese Entwicklung bedenkt, die neue, andere Faktoren in die politische Lage des Landes gebracht hat. Jedenfalls wird derzeit von einer Beteiligung der Sozialdemokratie am Bundesrat wenig oder gar nicht mehr gesprochen; und es läßt sich wohl von keiner Seite — weder von den Anhängern, noch von den Gegnern dieser Beteiligung — bestreiten, daß die Diskussion darüber heute zum mindesten etwas unzeitgemäß erscheinen müßte. Überblickt man nämlich die Entwicklung der politischen Lage seit dem 25. Januar 1942, so läßt sich zweifellos die eine Feststellung nicht vermeiden, daß unter den maßgebenden politischen Faktoren namhafte Verschiebungen, namhafte Gewichtsverlagerungen stattgefunden haben.

Die Sozialdemokratie befindet sich zur Zeit unbestreitbar in einer inneren und äußeren Krise, wobei die Zusammenhänge und die Wechselwirkungen sich unschwer erkennen lassen. Was im Inneren der Partei schon lange sich bewegte, ist nun völlig offenkundig geworden, und die innere Krise, latent längst feststellbar, ist im Begriff, ihre Auswirkungen auf die machtpolitische Position der Partei im Widerstreit mit den anderen Parteimächten zu ergeben. Forschte man nun nach den letzten Ursachen einer Entwicklung, die unzweifelhaft verschiedene Elemente des Niedergangs in sich trug, so wäre wahrscheinlich bis zu dem Tage zurückzugehen, da die Partei ihr Bekenntnis zur Landesverteidigung und zur Demokratie ablegte und damit zugleich eben genau das verleugnete, was sie in der gesamten Nachkriegsentwicklung seit 1918 unentwegt angebetet hatte. Solche Dinge gehen eben auch an der bestdisziplinierten und organisatorisch trefflichst aufgebauten Partei nicht spurlos vorüber, und in diesem besonderen Falle kam noch hinzu, daß die „Wandlung" doch in weiten Kreisen, nicht in allen freilich, zu Beginn wenigstens und für eine geraume Zeit der Entwicklung, sagen wir mal: nicht ganz ehrlich war. Denn bei diesen Vielen war sie eben nicht Überzeugungssache, sondern Opportunismus reinster Prägung, weil für

diese die Umstellung ganz einfach unter dem Druck einer überwiegenden Entwicklung jenseits unserer Grenzen erfolgte, dem, koste es was es wolle, begegnet werden mußte (um der Parteiexistenz willen); und für diese Vielen sollte die „Wandlung" dann gerade so lange gelten und in Kraft bleiben, bis jene Entwicklung gebrochen war — und keinen Tag länger. Niemand wird heute, nach bald drei Jahren Krieg und der gemeinsam getragenen Grenzbesetzung, daran zweifeln, daß bei einem großen Teil dieser Genossen nun wirklich eine andere Gesinnung eingekehrt ist, daß also aus dem, was einst Opportunismus war und nichts anderes sein sollte, Überzeugungssache geworden ist. Jedenfalls aber mußte sich eine solche Rechtsumkehrtwendung der Partei für diese selbst, für den Zusammenhalt ihrer Anhänger — so oder so — ungünstig auswirken, und sie hat es — fast ein Paradoxon! — nur der konservativen Grundhaltung unseres Volkes, also auch der Arbeiter, ihrer Beharrlichkeit, zu verdanken, daß die plastische Entwicklung des äußeren Niedergangs sich so lange hat verschieben lassen. Nun aber ist sie offenkundig, und was sich nach dem 25. Januar, unter dem Eindruck jener Abstimmung, eher nur vermuten ließ, hat sich nun zu wiederholten Malen als Tatsache bestätigt. Zahlreiche Genossen beginnen überzulaufen.

Zwar hat die Partei noch unlängst auf einem ganz bestimmten und aus gewissen Gründen keineswegs harmlosen Sektor einen Erfolg davongetragen, der vielen Leuten auf der anderen Seite mächtig in die Glieder gefahren ist. Unmittelbar vor dem Abschluß der Märzsession der eidgenössischen Räte geschah nämlich etwas, das sich mindestens die Bezeichnung „Betriebsunfall" gefallen lassen muß. Ein neuer Präsident war für die Vollmachtenkommission des Nationalrates zu wählen, da Herr Nietlisbach, der verdienstvolle Nationalratspräsident des Jahres 1941, sich zur Aufgabe seiner politischen Ämter entschlossen hatte. Nun ist diese Kommission, unter der wesentlich außenpolitischen Perspektive ihrer Tätigkeiten, mit einem nicht unbeträchtlichen Gewicht behaftet, und sie verlangt gewiß eine subtile und fein gehandhabte Führung. Ob in diesem notwendigen Sinne zu wirken Herr Johannes Huber nun tatsächlich der geeignete Mann ist, dürfte zum mindesten einigermaßen umstritten sein. Allein er war es jedenfalls, der wie ein Phönix der geheimnisvollen Wahl entstieg, welche das Bureau des Nationalrates als zuständige Instanz vorzunehmen hatte. Wahrlich — die Nornen spinnen oftmals ein merkwürdiges Seil! Wer nun freilich unterrichtet ist über die Art und Weise, wie diese seltsame Wahl zustande kam, der wird sich seine eigenen Gedanken machen über die politische Standfestigkeit gewisser Leute oder — rund heraus gesagt — über die offensichtliche Kurslosigkeit, die in gewissen Kreisen unseres Freisinns Platz gegriffen hat. Zum mindesten dürfte es sich empfehlen, daß gewisse Kandidaten für den Bundesrat in Zukunft etwas genauer geprüft werden, als es anscheinend in einem bestimmten Falle geschehen ist. Was

die Bürgerlichen im Gesamten betrifft, so haben sie sich in diesem Falle richtig „einfangen" lassen, wie Léon Savary in der „Tribune de Genève" schrieb; denn der „achte Bundesrat", wie Johannes Huber hie und da genannt wird, ist doch wohl kaum der geeignete Mann für diesen heiklen Posten. Anderseits aber sind in der Kommission selbst Leute genug vertreten, die jeweils zum rechten sehen können, sodaß es auch wieder nicht zweckmäßig erscheint, wenn nun dieser „Betriebsunfall" in seiner Bedeutung übertrieben wird, wie es geschehen ist — „le vin est tiré, il faut le boire", sagt Savary mit Recht dazu.

Für die Sozialdemokratie aber war dies wohl einer der letzten erkennbaren Erfolge. Denn was inzwischen geschehen ist, zeigt unbestreitbar verschiedene Rückschläge. War der 25. Januar bereits ein deutliches Symptom — nur Leute wie z. B. Herr J. B. Rusch, die tatsächlich politisch auf dem Monde wohnen, konnten es übersehen —, so wurde dieses Symptom in seiner vollen Bedeutung bestätigt mit dem Tage des 22. März 1942 und, kaum weniger, mit dem 3. Mai 1942. Die Zürcher Wahlen vom 22. März werden zweifellos in der Geschichte der politischen Entwicklung des Schweizerlandes während der Kriegszeit ihren besonderen Platz einnehmen. Wollte man gegen Herrn Duttweiler bösartig sein —, man wäre versucht, zum Vergleiche auf die Lippe'schen Landtagswahlen vom Januar 1932 zu verweisen, wenn man den scharfen Vorruck des Landesrings bedenkt. Irgendwie haben die Sozialisten an diesem Tage ihren Meister gefunden; was Viele oftmals versucht, aber nie erreichten — Duttweilern ist es gelungen. So gibt die Tabelle der Parteistärken für die von je stark sozialistisch beherrschten Kreise 3 und 4 der Stadt Zürich das folgende Bild:

	Landesring		Sozialdemokraten	
	1938	1942	1938	1942
3. Kreis	1446 Stimmen	2807 St.	5819 St.	4725 St.
4. Kreis	1094 Stimmen	2295 St.	6100 St.	4944 St.

Der Einbruch in die sozialdemokratischen Reihen ist unverkennbar, wenn auch die Stimmen des Landesrings in bürgerlich beherrschten Kreisen ebenfalls bedeutend zugenommen haben. Prozentzahlen verdeutlichen das Bild: Die Unabhängigen stellen in der Stadt Zürich 28,5 % der Wähler; die Sozialdemokraten, die noch 1933 47,8 % der Wähler hinter sich hatten und damit Anspruch auf die Mehrheit in Stadtrat und Gemeinderat erheben konnten, fielen im Jahre 1938 auf 41,6 % zurück, um am 22. März 1942 nur noch 36 % der Wähler zu erreichen. Diesen 36 % stehen in dem „roten Zürich" 32% Bürgerliche und 28,5 % Unabhängige gegenüber. Bedenkt man, daß der Landesring in der Stadt Basel unlängst zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen ist, daß das am 22. März erstrebte „rote Winterthur" nichts geworden ist, so läßt sich ohne Übertreibung der Schluß

ziehen, daß es dem Landesring gelungen ist, erhebliche Teile der Arbeiterschaft der sozialistischen Parole — zudem in den eigentlichen Hochburgen der Partei — zu entziehen und auf einen im Politischen kompromißlos nationalen, im Wirtschaftlichen aber eindeutig privatwirtschaftlich-antietatistischen Boden zu führen. Denn so lautet doch wohl das Programm des Landesrings. Während im letzten Weltkrieg die Städter unter dem Druck der Teuerung in Massen zu den Sozialdemokraten abwanderten, wenden sie sich heute Herrn Duttweiler zu. Bei der Wertung dieser Tatsache mag freilich nicht unbemerkt bleiben, daß nun die beiden städtischen Zentren, Zürich und Basel, ganz überwiegend in die Hände von Parteien gelangt sind, die, eidgenössisch, in Opposition zum Kurs stehen, den der Bundesrat und die sogenannte Mehrheit der Parteien eingeschlagen haben. Allein diese Opposition, mag sie auch bei den Sozialdemokraten grundsätzlicher Natur sein, bei Duttweiler ist sie es nicht unbedingt; hier ist die scharfe Opposition doch in manchem Punkte im Grunde vorwiegend Taktik der politischen Demagogie von Seiten einer Partei, die vorerst nur das Ziel kennt, sich möglichst viele Anhänger zusammenzuschimpfen, was sich in hemmungsloser Kritik am Bundesrat zweifellos am billigsten erreichen läßt. Es läßt sich dies, nebenbei bemerkt, unschwer aus der Tatsache erkennen, daß Herr Duttweiler eigentlich immer die gleiche Rede hält. Mag es sich nun handeln um Wahlen in der Stadt Zürich oder im Kanton Bern oder St. Gallen, oder sei die Reform des Nationalrates oder irgend ein anderes Sachproblem zur Diskussion gestellt — immer hält Herr Duttweiler „seine" Rede, die mit tötlicher Sicherheit jeweils in die erschütternde Klage ausmündet: „Warum hat man nicht auf Mich gehört?". Daher kommt es auch, daß, abgesehen von den zwei grundsätzlichen Bekenntnissen dieser Partei — national und wirtschaftsliberal — eigentlich kein Mensch weiß, was Herr Duttweiler eigentlich will. Das hat das Hof- und Leiborgan, die „Tat", kürzlich, nach der Abstimmung über die Initiative des Herrn Pfändler, in wahrhaft erschütternder Einfalt selbst erklärt, indem sie schrieb: „Der Landesring hat in der nächsten Zukunft seine ganze Kraft, seine Unerschrockenheit, seine Überzeugung daran zu setzen, das Volk über sein Wesen und Wollen aufzuklären". Da haben wir's! Daß dies nicht geschieht, indem man, wie es Herr Duttweiler tut, immer wieder dieselben „historischen Reminiszenzen" über die eigene Aktivität und die jämmerliche Unfähigkeit der Anderen erzählt, ist anscheinend inzwischen auch der „Tat" zum Bewußtsein gekommen.

So wird man denn zweckmäßig abwarten, welche Programmpunkte sachlicher Natur in nächster Zukunft das Beratungszimmer des landesringlichen Vorstandes, in dem einer allein regiert, verlassen werden. Inzwischen sind wir durchaus der Meinung, es sei die oftmals reichlich ungehemmte Opposition dieser Partei gegen den Bundesrat als das zu nehmen, was sie eigentlich ist; man täte gut, darob nicht allzusehr

zu erschrecken, und ob solchen wenig ansprechenden Begleiterscheinungen doch das Wesentliche nicht zu übersehen, es vielmehr gebührend zu würdigen — das Wesentliche, das nun eben darin liegt, daß der Landesring national bombenfest, wirtschaftspolitisch einwandfrei liberal ist — jedenfalls einwandfreier als verschiedene Leute einer Partei, die den Freisinn zwar im Namen, nicht aber im Herzen all' ihrer Kinder trägt. Daß übrigens auch die Bäume des Herrn Duttweiler nicht in den Himmel wachsen, das hat uns der 3. Mai recht deutlich dargetan.

Die Initiative des Herrn Pfändler war ein unglückliches Produkt; sie war wirklich ein „Pfannenflick", wie die „Thurgauer Zeitung" sich ausdrückte. Mit Recht schrieb eine andere Zeitung nach der Abstimmung, Herr Duttweiler sei Herrn Pfändler regelrecht „aufgesessen". Wir glauben nun auch, daß Herr Duttweiler nicht unglücklich darüber sein wird, daß die Geschichte vorüber ist, und vielleicht überlegt er es sich zweimal, ehe er wieder Produkte aus dem Laden des Herrn Pfändler übernimmt. Mit der unmöglichen Broschüre und der „seltsamen" Photographie fing es an, und mit maßlosen Übertreibungen glaubte man, das Volk gewinnen zu können, während es eben so nur abgeschreckt, stutzig wurde. Bald merkte der Stimmbürger, daß da Verschiedenes nicht stimmte. Die ganze Propaganda bediente sich des Vorwurfs des „Schwänzens" im Nationalrat — aber vergeblich suchte der Stimmbürger im Pfändler'schen Entwurf eine Bestimmung, die dieses Übel an der Wurzel faßte, oder sich überhaupt mit ihm beschäftigt hätte. Das war merkwürdig. Bald auch erkannte der Bürger des Pudels Kern — Neuwahlen und Neubestellung des Bundesrates, das war eben die eigentliche Absicht. Allein auf solche Täuschungsmanöver reagiert unser Volk im allgemeinen recht sauer. „Niemand" — so schrieb die „Appenzeller Zeitung" — „kann ungestraft politisches Machtstreben unter einem zeitgemäßen Reformmantel verbergen". Zudem war es Herrn Duttweiler offensichtlich entgangen, daß unser Volk genug hat von Abstimmungen formalpolitischer Natur und außerdem und auf alle Fälle entschlossen ist, mitten im Kriege an seine Verfassung nicht zu rühren. Unser Volk ist nun einmal für irgendwelche extremen Lösungen nicht zu haben, und, so schrieb das „Winterthurer Tagblatt", man möge dort die nötigen Schlußfolgerungen daraus ziehen, „wo man so gerne übersieht, welche großen politischen Tugenden die schweizerische Bedächtigkeit und das eidgenössische Augenmaß sind". Das eidgenössische Augenmaß traute aber mit Recht einer Sache nicht, die deren Urheber, Herr Pfändler, dem Volke in der folgenden bombastischen Phrase gefällig zu machen für nötig fand:

„Das Schweizervolk mag am 3. Mai so oder anders entscheiden. Wir haben unsere Gewissenspflicht erfüllt und ihm den Weg gewiesen, wie unsere Demokratie durch das kommende Chaos in eine

bessere Zukunft hinüber gerettet werden kann (!). Wenn Du Ja sagst, stehst Du als ernster Mahner für ein Menschenalter dort im Saal, allen Ratsmitgliedern gegenwärtig. Ein Menschenalter wird der Segen Deines Ja auf dem Bundeshaus ruhen (!!). Dein Ja heißt: Nein, so darf es nicht weitergehen".

Nach der Abstimmung, auf die hin solch' hehre Worte geschrieben waren, mag sich Herr Pfändler damit getröstet haben, daß vor ihm schon andere erfahren mußten, wie klein der Schritt ist vom Erhabenen zum Lächerlichen. So ist es eben:

Es liebt die Welt, das Strahlende zu schwärzen
Und das Erhabene in den Staub zu zieh'n.

Ein großes Unheil — Neuwahlen und neuer Bundesrat mitten im härtesten Kriegsjahr — ist durch den vernünftigen Sinn des Volkes abgewendet worden. Im Kanton Tessin z. B. hat keine einzige Gemeinde die Vorlage angenommen. Anderseits verdient die Zahl von 220,000 Jasagern bei 50%iger Stimmbeteiligung näher betrachtet zu werden. Die „Tat" folgerte aus den Zahlen, „daß dem Landesring ein beachtliches Vertrauensvotum im Lande herum geworden" sei. Diese Schlußfolgerung ist zweifellos falsch. Beweis: in der Stadt Bern wurden für die Initiative Stimmen eingelegt: 12 110

Bei den gleichzeitig stattfindenden Großratswahlen machte der Landesring Listenstimmen 86 696.
Geteilt durch die Zahl der Sitze (33) = Wählerzahl 2627.

Demnach wählten 2627 Stimmbürger unabhängig, das sind 21% der Jasager bei der Initiative.

In den 220 000 Jastimmen sind ferner die über irgend etwas Verärgerten zu einem großen Teil eingeschlossen. Starke Minderheiten für die Initiative, in einem Falle (Appenzell A.-Rh.) sogar ihre Annahme, ergaben sich z. B. in den Kantonen, wo gleichzeitig Vorstöße gegen die eigene Regierung im Gange waren oder zur Abstimmung gelangten. Im annehmenden Appenzell A.-Rh., wie in Glarus und Obwalden waren Bewegungen zur Verjüngung der Behörden unterwegs, die vielfach persönliche Spitzen aufzuweisen hatten. Hier war dann auch die Zahl der Jastimmen für die Initiative hoch. Anderseits konnte man unmöglich die 50% Enthaltungen als stille Sympathisanten der Initiative ansprechen, wie es geschehen ist. Mit Recht ist übrigens bemerkt worden, daß das Volk wenig Grund habe, den Nationalrat wegen des „Schwänzens" der Sitzungen anzuklagen, wo es selbst bei Abstimmungen und Wahlen mit dem schlechten Beispiel voranzugehen pflege. Bedenkt man abschließend, daß weder Plakate noch Broschüren

gegen die Initiative herausgegeben wurden, gegenüber einer wahren Flut der Propaganda also keine bildliche oder suggestive Gegenwirkung vorhanden war, so kann man das Ergebnis im wesentlichen gut finden.

Allein uns scheint, als sei es mit dieser Feststellung nicht getan. Auch hier hat der Vorstoß in letzter Linie wieder etwas Heilsames. Wie Herr Duttweiler bei den Zürcher Stadtratswahlen vom 22. März 1942 die Parteien zwang, ihre fähigsten Leute aufzustellen, und beispielsweise eine ungünstige Kandidatur für das Amt des Stadtpräsidenten glatt zu verhindern wußte, so hat er mit seiner Initiative jedenfalls den Parteien das Nachdenken nahegelegt. Daß die Angelegenheit nicht „erledigt" ist, das ist die heute überwiegende Ansicht, wobei gerade die welsche Schweiz scharf hervortritt. Sowenig das Ergebnis als Vertrauensvotum für den Landesring gewertet werden kann, so wenig ist es auch als ein bedingungsloses Vertrauensvotum für das Parlament anzusehen. Savary bezeichnet in der „Tribune de Genève" die Parlamentsreform als dringend notwendig, während der „Landbote" der Meinung ist, die Parteien sollten sich nun zusammensetzen und diese Dinge ruhig und sachlich beraten. Irgendwie hat das Volk seinem Nationalrat einen Wink gegeben. Daß das nun nicht heißt, es sei etwa auf die unglückliche Initiative Stalder zurückzugreifen, die die Volksvertretung in Wirklichkeit beseitigen würde — Stalder soll übrigens die notwendige Zahl der Unterschriften innert nützlicher Frist glücklicherweise nicht zusammengebracht haben — dürfte nicht zu bezweifeln sein. Was der wirkliche Wille des Volkes ist, hat gewiß das „Vaterland" richtig herausgestellt, wenn es schreibt:

> „Duttweiler zwingt die Parteien, namentlich die zuerst verantwortlichen Regierungsparteien, zu einer Notwehr, die eine Auffrischung des politischen Lebens und eine Straffung der politischen Führung bedeuten muß."

Darin und in der unzweifelhaft antietatistischen Zuverlässigkeit dieses Mannes liegt zweifellos ein großes Plus für unser Volk. Man sollte dies schließlich auch dort nicht vergessen, wo man gewisse Verluste noch nicht verwunden hat und deshalb Ressentiments empfinden will. Für den Freisinn mit seiner Dringlichkeitspolitik ist Duttweiler eine wohltuende Lehre. Sein Hauptaktivum aber erscheint uns, gerade auch im Hinblick auf die Nachkriegszeit mit ihren gewaltigen Problemen, der Einbruch in die Positionen der Sozialdemokratie zu sein.

Der 3. Mai 1942 hat nicht nur die Abstimmung über die Pfändler'sche Mißgeburt gebracht, sondern er verzeichnet ein weiteres Ereignis von erheblicher Bedeutung: die Wahlen im Kanton Bern. Hier hat zweifellos die „Politische Arbeitsgemeinschaft" einen großen Erfolg davongetragen. Ihre sämtlichen Regierungsräte wurden mit Stim-

menzahlen zwischen 91 100 und 94 000 wiedergewählt, also mit einer Gleichmäßigkeit, die große Disziplin verrät. Außerordentlich erfreulich ist dabei, daß Herr Dürrenmatt die höchste Stimmenzahl machte — Mitglied der Bürgerpartei der Stadt Bern und bis zu ihrer Selbstauflösung im Jahre 1921 der Konservativen Partei Bern's angehörig. Im Großen Rate erhielt die „Politische Arbeitsgemeinschaft" 169 von 194 Sitzen; die Jungbauern gingen von 25 auf 17 zurück, während der Landesring, dessen Hoffnungen hochgespannt waren, genau 4 Mandate auf 194 erhielt. Man mag nun der Arbeit der „Politischen Arbeitsgemeinschaft", soweit sie sich in ihren Leistungen so beurteilen läßt, auch kaum in allen Dingen grundsätzlich zustimmen können — der sozialistische Einfluß macht sich stellenweise deutlich bemerkbar —, so bleibt jedenfalls als erfreulich festzuhalten, daß es gelang, die Jungbauern, deren nationale Zuverlässigkeit zur Diskussion gestellt ist, erheblich zurückzuwerfen. Es ist dies naturgemäß in erster Linie das Verdienst der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, der man von der Arbeitsgemeinschaft aus diesen Sektor des Wahlkampfes zugewiesen hatte, während sich die anderen Parteien der Gruppe die Duttweilerbewegung vornahmen. Die Bauern- und Bürgerpartei hatte den Winter über unermüdlich organisatorische und aufklärende Arbeit geleistet, und der Erfolg ist ihr in hohem Maße beschieden gewesen, indem mit der Schwächung des jungbäuerlichen Gegners die Zahl der eigenen Mandate ganz erheblich zunahm. Seitdem die Bauernpartei sich im Jahre 1918 unter der Führung Rudolf Mingers selbständig gemacht hat, indem sie sich aus dem Freisinn löste, ist dies wohl einer ihrer größten Erfolge — ein Erfolg, der natürlich nicht zuletzt der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur der Landwirtschaft zuzuschreiben ist. Aus wichtigen Positionen auf dem Lande sind nun die Jungbauern des Herrn Hans Müller, die sich aus den einstigen Bundesgenossen der Sozialisten in der „Richtlinienbewegung" in unklar-autoritäre sogenannte „Erneuerer", mit einigen Schatten in mancher Beziehung freilich, gewandelt haben, wieder verdrängt, nachdem sie in den Jahren der Krise der Stammpartei oftmals nicht wenig zu schaffen gemacht hatten. Aus der gesamtschweizerischen staatspolitischen Perspektive ist die Lektion, die das Berner Volk Herrn Hans Müller und seiner nicht immer ganz eindeutigen Haltung in klarer Weise erteilt hat, höchst erfreulich.

In dieser Richtung wurde der Wahlkampf in besonderem Grade beeinflußt durch die große staatsmännische Rede von Bundesrat von Steiger am 16. April, worin er das Volk aufrief, daß es, wie die Regierung, Wache stehe für die innere Sicherheit. Die Rede hat im ganzen Schweizerlande einen glänzenden Widerhall gefunden, denn Vieles von dem, was in ihr gesagt worden ist, wurde vom Volke, so wie es gesagt war, gleichsam erwartet, nachdem, teils infolge einer gewissen Häufung von Strafurteilen, teils auch infolge gewisser Maßnahmen eine

nicht unbeträchtliche Unruhe sich breit machen wollte. Bundesrat von Steiger hat nun das Volk in der denkbar umfassendsten Weise aufgeklärt, und gewiß hat er Allen aus dem Herzen gesprochen, als er in seinem Vortrag die Wendung brachute, wir wollten keine trojanischen Pferde, die echten Freiberger seien uns lieber. Jedenfalls kann das Volk überzeugt sein, daß über die innere Sicherheit gewacht wird, wie denn auch, anderseits, Eingriffe in die Rechte des freien Bürgers nicht vorgenommen werden sollen, wenn sie sich nicht im Interesse des Staatsschutzes oder der Aufrechterhaltung der Neutralität als unumgänglich notwendig erweisen. Man wird deshalb wohl in weiten Kreisen den „Offenen Brief der Arbeitsgemeinschaft für Neue Demokratie" an den Bundesrat als einigermaßen überflüssig empfinden; doch wäre immerhin zu sagen, daß es im Grunde gar kein Schade ist, wenn gelegentlich immer wieder Leute sich melden, die den Behörden zu verstehen geben, daß sie eine allmähliche Derogation der demokratischen Grundrechte nicht hinzunehmen gewillt sind. Vielleicht werden die Behörden, die, auch beim besten Willen, unter dem Regime der Vollmachten naturgemäß gewissen extensiven Auslegungen zuneigen mögen, dadurch doch einer bestimmten Zurückhaltung geneigter, die der eifrig über seine Freiheiten wachende Bürger gewiß begrüßen wird. Mit Recht macht übrigens das „Winterthurer Tagblatt" darauf aufmerksam, daß unter den Signataren der Kundgebung zwar Angehörige der politischen Linken reichlich vertreten sind, anderseits aber Namen von Persönlichkeiten fehlten, die sich schon viel früher gegen die Dringlichkeitspraxis gewandt hätten, wie z. B. die Professoren Z. Giacometti, Dietrich Schindler, Max Huber und Haab. Man wäre, schreibt das Blatt, gespannt, zu erfahren, ob diese Personen nicht unterschreiben wollten oder ob man sie seitens der Initianten dazu gar nicht aufgefordert hat.

Neben dem Rückschlag der Jungbauern ist bei den Berner Wahlen interessant das negative Ergebnis des Landesrings. Es läßt sich einigermaßen in Parallele setzen zu dem Ausgang der St. Galler Gemeindewahlen vom 22. März, wo der Landesring gegenüber den letzten Wahlen bereits einen deutlichen Rückgang der Stimmen aufzuweisen hatte. In Bern resultierten ganz kleine, unbedeutende Gewinne, die der Partei Duttweilers zu ganzen 4 Mandaten auf 194 Abgeordnete verholfen haben. Es scheint, daß hier die Solidarität unter den Parteien der Arbeitsgemeinschaft auf der ganzen Linie derart funktioniert hat, daß Duttweiler überhaupt keine Kandidaten von einigem Format hat finden können und sich so mit einer zweiten Garnitur zufrieden geben mußte. Die Berner Luft dürfte Herrn Duttweiler wenig zusagen, wie denn überhaupt das bäuerliche Element sich gegenüber der neuen Bewegung eher abgeneigt erwiesen hat, eine Tatsache, die u. a. auch aus gewissen ländlichen Ergebnissen des ersten Wahlganges der Zürcher Regierungsratswahlen unschwer zu entnehmen ist. Das sind deut-

liche Symptome; sie erweisen, daß der Landesring im wesentlichen die fluktuierenden Elemente der großstädtischen Bevölkerung aufnimmt, die teils bisher überhaupt nicht stimmten, teils aber den Sozialdemokraten zugelaufen waren, — daß er aber weiterreichende Ergebnisse bisher nicht zu buchen vermag. Soweit scheint seine Funktion im Interesse der politischen Zukunft des Landes, wie wir schon andeuteten, nicht vom Übel; im übrigen zeigt die Entwicklung, daß auch den Auswirkungen der Duttweiler'schen Dynamik bestimmte Grenzen gesetzt sind. Und gewiß werden sich diese Grenzen nicht erweitern lassen, solange nicht die neue Bewegung endlich aus den Schlagworten herausfindet — man lese nur die Luzerner Resolution! — und den Bürger mit einem klaren und unmißverständlichen Programm erfreut. Die bürgerlichen Parteien aber, und unter ihnen zu allererst der Freisinn, täten gut, den Duttweiler'schen Chock recht stark und ehrlich auf sich einwirken zu lassen, im Sinne der Selbstprüfung, damit endlich neue Initiative, neuer Mut und neue Kampfeslust Einkehr halten.

(15. Mai 1942.)

Die Lohnausgleichskassen und ihre künftige Verwendung.

Von **E. Röthlisberger** und **A. Lehmann.**

Eine zufolge der ehernen Bedürfnisse der Kriegszeit geschaffene, überaus erfolgreiche und für den sozialen Frieden bedeutungsvolle Institution zugunsten unserer Wehrmänner, die Wehrmännerausgleichskassen, hat die Begehrlichkeit verschiedenster Interessengruppen des Landes wachgerufen und droht, wenigstens teilweise, fremden Zwecken untergeordnet zu werden. Es ist daher am Platz, der bisherigen Entwicklung dieser Wehrmannskassen nachzugehen und ihren heutigen Stand sowie ihre künftige Weiterentwicklung näher zu verfolgen.

Um den dienstleistenden Wehrmann und seine Angehörigen vor Not zu schützen, bestimmt einerseits Art. 335 OR., daß der eingerückte Arbeitnehmer bei einem auf längere Dauer abgeschlossenen Dienstvertrag für eine verhältnismäßig kurze Zeit Anspruch auf Lohnzahlung hat. Anderseits schreibt eine am 1. Januar 1931 in Kraft getretene bundesrätliche Verordnung [1]), in Übereinstimmung mit den schon in Art. 22—26 der Militärorganisation von 1907 niedergelegten Grundsätzen vor, daß Angehörige von

[1]) „Bundesrätliche Verordnung über die Unterstützung der Angehörigen von Wehrmännern" vom 9. 1. 1931. Amtliche Sammlung, Band **47**, Seite 88.